

03.11.2020

Antrag

der Fraktion der AfD

Dem Vorbild Frankreichs folgen – Gefährder abschieben

I. Ausgangslage

Die jüngsten Mordanschläge in Paris – die Enthauptung des Lehrers Samuel Paty durch einen tschetschenischen Flüchtling – und in Dresden – die Ermordung eines 55-jährigen Krefelders durch Messerstiche, ausgeführt vom behördlich bekannten und dennoch hier geduldeten islamistischen Gefährder Abdullah H. – haben eine gemeinsame Ursache: Bei den Tätern handelt es sich um bekannte Islamisten. Die Enthauptung Patys ist nicht nur ein französisches Problem; der feige Mord in Dresden ist nicht nur ein deutsches Problem. Es handelt sich um ein westeuropäisches Problem, mit Schwerpunkten in Staaten wie Frankreich, Belgien, Schweden oder eben auch Deutschland.

Der in Dresden festgenommene 20-jährige Syrer, ein IS-Anhänger und Gefährder, wird verdächtigt, die brutale Tat aus islamistischen Motiven begangen zu haben. Erst fünf Tage vor der Tat war er aus dem Gefängnis entlassen worden, wo er wegen Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Straftat eingesperrt hatte. Er ist 2015 ins Land gelassen worden und wurde nicht abgeschoben, obwohl er als Terrorist in Erscheinung getreten war.

Des Weiteren heißt es zum mutmaßlichen Täter in den Medien, dass er bereits im Fokus des gemeinsamen Terrorabwehrzentrums von Bund und Ländern stand, weil er für die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) geworben haben soll. Zudem wird berichtet, dass es im November 2018, u.a. wegen Werbens um Mitglieder oder Unterstützer einer terroristischen Vereinigung im Ausland, zu einer Verurteilung durch das Oberlandesgericht Dresden gekommen ist.¹

Paty starb, weil er seinen Schülern vermitteln wollte, was es bedeutet, frei zu sein: zu glauben, was man will, zu sagen, was man meint – und das, ohne Angst zu haben. Das Zufallsopfer in Dresden starb, Medienberichten folgend, augenscheinlich aus Gründen einer tief verwurzelten Abneigung gegen Homosexuelle², hervorgerufen durch die islamistische Sozialisation des mutmaßlichen Täters. Alleine Frankreich hat seit 2015 über 250 Opfer islamistischen Terrors zu beklagen.

Nur wenige Tage nach den schrecklichen Ereignissen in Paris ereignete sich am 29. Oktober 2020 in Nizza erneut ein weiterer islamistischer Terroranschlag. Eine 70-jährige Frau wurde

¹ Vgl. <https://deutsch.rt.com/inland/108145-tatverdaechtiger-aus-dresden-wollte-in-die-tuerkei-ausreisen/?fbclid=IwAR1UQ-BD9Xrk1EUIDzemAl7rlyLEFNTGIV9-Q3FthHUIV6JrQsJwEuxj-00>

² Vgl. https://rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/krefeld-dresden-messer-attacke-und-mord-an-krefelder-aus-hass-auf-homosexuelle_aid-54221349

auf bestialische Weise in einer katholischen Kirche enthauptet.³ Ein weiterer Mann wurde durch einen Stich in den Hals ebenfalls vor Ort ermordet, ein drittes Opfer schleppte sich noch schwerstverwundet aus dem Gotteshaus und verstarb draußen.⁴

Am 02.11.2020 kam es in Wien zu wahllosen Schüssen, u.a. in die Lokale des Ausgehviertels, nahe der Synagoge. Der von der Polizei erschossene Täter war 20 Jahre alt, hatte mazedonische Wurzeln und war einschlägig wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorbestraft. Österreichs Innenminister Nehammer teilte der Nachrichtenagentur APA bereits am 03.11.2020 mit, dass es sich um einen IS-Sympathisanten handelte. Bundeskanzler Kurz stellte fest: „Es ist definitiv ein Terroranschlag“.⁵

Während die Betroffenheit der meisten in Deutschland erneut zu schnell verebte, oder allzu oft ritualisiert daher kam, scheint die brutale Enthauptung Patys in Frankreich parteiübergreifend das Fass zum Überlaufen gebracht zu haben. Hausdurchsuchungen, Moschee-Schließungen, Abschiebungen: Die französische Regierung Macron geht nun – wir werden sehen, wie nachhaltig – verstärkt gegen islamistische Strukturen vor. Samuel Paty wurde in Frankreich posthum der Orden der Ehrenlegion verliehen und seiner wurde mit einer Gedenkfeier in der Sorbonne gedacht.

Eine Großdemonstration in Paris und viele andere Aktionen in ganz Frankreich machen deutlich, dass die Bürger nicht länger gewillt sind, den Terror hinzunehmen. Frankreichs Staatspräsident Macron sprach von einem Block, den die Nation bilden müsse, und sagte: „Sie werden nicht durchkommen.“ Es gibt Razzien gegen Islamisten und man hat laut Berichten beschlossen, 231 von ihnen abzuschleppen. Auch von Frankreichs Innenminister Gérald Darmanin kam eine eindeutige Botschaft: „Nicht eine Minute Aufschub für die Feinde der Republik.“ In Frankreich realisiert man in diesen Tagen schmerzlich, dass die bisherige Beschwichtigungspolitik der Gefahr nicht zwangsläufig gerecht geworden ist. Nach Informationen der WELT habe Macron im französischen Sicherheitsrat gesagt:

„Die Angst muss die Seite wechseln“ [...] „Islamisten werden in unserem Land in Zukunft nicht mehr ruhig schlafen“.⁶

Bei der Trauerfeier für Samuel Paty sagte Macron in seiner Ansprache:

„Samuel Paty wurde getötet, weil er die Republik verkörperte, die jeden Tag in den Klassenzimmern wiedergeboren wird, die Freiheit, die in der Schule weitergegeben und deren Fortbestand dort sichergestellt wird. Samuel Paty wurde getötet, weil die Islamisten unsere Zukunft wollen – und weil sie wissen, dass sie diese mit stillen Helden wie ihm niemals erringen werden.“

³ Vgl. <https://www.dailymail.co.uk/news/article-8892233/Multiple-people-stabbed-terrorist-knife-attack-church-Nice.html?fbclid=IwAR1X0QIEmeaWGvTQ2zZT8YUnwv8RDIHzDMo7uAy9YzSNH6JEa0XespkgLvq>

⁴ Vgl. https://www.bild.de/news/2020/news/frankreich-verhaengt-hoechste-terror-warnstufe-73650690.bild.html?fbclid=IwAR1whVXdN9E7pWlv0wdZe_ehB_MLfM_Mt5s6CyNtV-K26wAQvgfXlpptdqA

⁵ Vgl. https://www.welt.de/politik/ausland/live219226950/Terror-in-Wien-Erste-Details-zu-Taeter-20-in-Oesterreich-Liveticker.html?fbclid=IwAR19LsRzzQaUUm2dg0LAzJWohtgiUziA_BpCFR5YZmB6yTBjk6TSlHqby2o, abgerufen am 03.11.2020 um 11:24

⁶ Vgl. https://www.welt.de/politik/ausland/plus218250958/Mord-an-Samuel-Paty-Frankreich-erklart-Terroristen-den-Krieg.html?fbclid=IwAR0raB_a1VPO854VKclpFU7TbWGnHf-zeSZI91M1KUY5MqidFrjrfF_41hE

Samuel Paty war das Opfer der tödlichen Verschwörung aus Dummheit und Lügen, der Verquickung aus Hass auf den anderen mit dem Hass auf alles, was für uns existentiell ist und uns ausmacht.

Samuel Paty wurde am Freitag zum Gesicht der Republik, zum Gesicht unseres Willens, die Terroristen zu zerschmettern, die Islamisten einzuengen, als eine Gemeinschaft freier Bürger in unserem Land zu leben, unsere Entschlossenheit zu zeigen, dass wir lernen und lehren werden, frei zu sein. Denn wir werden weitermachen, Herr Lehrer!

Wir werden die Freiheit verteidigen, die Sie so gut gelehrt haben, und wir werden den Säkularismus hochhalten. Wir werden die Karikaturen, die Zeichnungen nicht aufgeben, auch wenn sich andere zurückziehen. Wir werden alle Möglichkeiten, die die Republik der gesamten Jugend schuldet, ohne jede Diskriminierung anbieten. Wir werden fortfahren, Professeur!

Ja, wir werden diesen Kampf für die Freiheit, für den Sie eingestanden sind, weiterführen. Weil wir es Ihnen schuldig sind. Weil wir es uns selbst schuldig sind. Weil in Frankreich, Professeur, die Aufklärung nie vergeht. Lang lebe die Republik. Lang lebe Frankreich.“⁷

Solch deutliche Worte konnte man in Deutschland in Folge des islamistischen Anschlags in Dresden wie schon nach zahlreichen ähnlichen Vorfällen der vergangenen Jahre bisher zu selten vernehmen. Die Reaktionen in Deutschland zeigen im Gegensatz leider erneut, dass zu viele den feigen Irrweg der Verharmlosung und Beschwichtigung auch weiterhin gehen möchten. In einem Tweet des Außenministers heißt es: „Ich verurteile den abscheulichen Anschlag in #ConflansSainteHonorine. Wir stehen fest an der Seite unserer französischen Freundinnen und Freunde. Von Terror, Extremismus und Gewalt dürfen wir uns nie einschüchtern lassen.“⁸ Das klingt nach Vorlage – nach der ewig gleichen Dauervorlage, bei der nach jedem Anschlag nur der Ort des Geschehens ausgetauscht werden muss. In den Ohren der Angehörigen müssen derartige Bekundungen, die wirkungslos verpuffen, mittlerweile wie Hohn klingen.

Wie die Tageszeitung „WELT“ am 25.10.2020 berichtete, habe der NRW-Innenminister, Herbert Reul, angeregt, dass rechtskräftig verurteilte Schwerekriminelle ihr Gastrecht in Deutschland verwirkt hätten, erst recht, wenn sie unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung stürzen wollen. Die schreckliche Tat von Dresden habe dies noch einmal deutlich gemacht.⁹

Die Bild-Zeitung berichtet, dass Zuwanderer¹⁰, gemäß einer Sonderauswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) durch das Bundeskriminalamt (BKA) trotz eines Bevölkerungsanteil von ca. 2% bei jeder achten schweren Körperverletzung seit 2015 tatverdächtig waren. Eine statistische Auswertung der Bild-Zeitung ergab, dass von Anfang 2015 bis Ende 2019 bei schwerer oder gefährliche Körperverletzung 715 134 Tatverdächtige ermittelt werden konnten – davon 95 282 Zuwanderer, was einem Anteil in Höhe von 13,3 %

⁷ Vgl. https://www.cicero.de/aussenpolitik/rede-macron-samuel-paty-beerdigung-islamismus-anschlag-frankreich-meinungsfreiheit?fbclid=IwAR3Sf7x-Tq2KGz7pGDlvj_-TSw2XDIE56_C-SGHrDm1FS7QfN3UO6djmNgQ

⁸ Vgl. <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/ich-wage-nicht-zu-behaupten-je-suis-samuel/?fbclid=IwAR0y07d0d02Sb10GVZTBZg56xeoX9ejh21KpdHw-3IEWXWwPmh7diC9Q80s>

⁹ Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article218520486/Extremismus-Mehr-als-1100-gefaehrliche-Islamisten-in-Deutschland.html?fbclid=IwAR21jU3W45WjZDSWJUY2sY74Cjc-JDQXMNsmrKgxfAadI4GTVC7Y1NtEO0E>

¹⁰ Das BKA spricht von Zuwanderern, wenn sie mit dem Aufenthaltsanlass „Asylbewerber“, „Schutzberechtigter und Asylberechtigter, Kontingentflüchtling“, „Duldung“ oder „unerlaubter Aufenthalt“ registriert wurden.

entspricht. Bei Mord und Totschlag wurde ein Anteil in Höhe von 14,9 Prozent ermittelt. Von 13 775 Tatverdächtigen gehörten 2050 zur Gruppe der Zuwanderer. In der Union lösten die BKA-Zahlen eine neue Abschiebe-Debatte aus. CDU-Innenexperte Christoph de Vries forderte in der Bild-Zeitung neben gezielten Integrationsangeboten sofortige Sanktionen bei Straffälligkeit und konsequente Abschiebung bei schweren Delikten. Philipp Amthor (CDU) forderte konsequente Sanktionen bei Gewalttaten von Ausländern, bis hin zu Abschiebungen.¹¹

Den Worten müssen allerdings Taten, dafür ggf. notwendige Gesetzesänderungen und eine noch zu erzielende Einigkeit mit dem Integrationsminister, Dr. Joachim Stamp folgen.

Wenn wir jetzt nicht handeln, hat der tägliche, auch niederschwellige Terror durch Einschüchterung gewonnen. Eine offene Debatte im Schulunterricht, ein öffentliches Bekenntnis zur Homosexualität in der Öffentlichkeit, das Tragen einer Kippa, all das wird erschwert oder gar verunmöglicht, wenn die Politik jetzt nicht reagiert und unüberwindbare Schranken aufstellt. Die Freiheit, so zu leben, wie wir leben, haben die europäischen Völker über Jahrhunderte hinweg bitter und mit hohem Blutzoll errungen.

Der Staat versagt leider zu oft bei seiner ureigensten Aufgabe, dem Schutz der Bürger. Es geht im Kern um unsere Freiheit, um unsere Lebensart. Es besteht die Gefahr, dass wir uns daran gewöhnen, dass in regelmäßigen Abständen Terroranschläge verübt werden, sich Parallelgesellschaften mit fremden Lebensordnungen ausbreiten und offensive Großgruppen sukzessive öffentlichen Raum für sich beanspruchen. Seit 2015 sind über 2 Millionen Fremde aus vorgeblich humanitären Gründen ins Land gelassen worden, viele davon ohne Ausweisdokumente und somit ohne Nachweis über die eigene Identität, die eigene, uns unbekanntere Vorgeschichte.

Der Journalist Boris R. fasste die Reaktion auf den islamistischen Anschlag in Paris wie folgt zusammen:

„Der grausame Mord von Paris enthüllt auf ebenso erschreckende wie eindrucksvolle Weise die Doppelmoral von großen Teilen unserer Politiker und Journalisten. [... Der Tod von George Floyd] beherrschte monatelang die Schlagzeilen. Weltweit gab es über viele Wochen Demonstrationen gegen Polizeigewalt. Diese wurde in einer Art Dauerschleife thematisiert. Ebenso wie Rassismus. [... Samuel Paty wird] eher beiläufig erwähnt. Obwohl er [...] aufgrund seines Einsatzes für die Meinungsfreiheit gestorben ist, wird nicht einmal ansatzweise versucht, ihn als Person und Opfer so in den Mittelpunkt zu stellen [...] Der Aufschrei der Empörung, wie er nach Minneapolis durch die sozialen Medien ging, blieb in großen Bereichen aus.“¹²

Der Chefredakteur der Bild-Zeitung, Julian R., beklagte in seinem Kommentar vom 22.10.2020 bezüglich Tat in Dresden, dass ein verurteilter Terrorist unbehelligt durch Dresden schlendern kann und das, obwohl er einen Anschlag angekündigt hatte. Es erfolgte keine 24-Stunden-Überwachung und eine Abschiebung war [aufgrund des Abschiebestopps nach Syrien] nicht möglich. Er sieht durch den Schutz derartiger, in höchstem Maße gefährlicher Personen in Deutschland, unsere freiheitliche Gesellschaft und unsere Werte auf „Selbsterstörungsmodus“. Nach Ansicht von Julian R. kann es nicht sein, dass wir Terroristen

¹¹ <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/asylzuwanderer-haeufig-tatverdaechtig-bka-bericht-loest-debatte-um-abschiebungen-73474042.jsPageReloaded=true.bild.html#remId=1658238706568645278>

¹² Vgl. <https://www.reitschuster.de/post/die-koepfung-und-die-doppelmoral/?fbclid=IwAR3hfaH9U7ZkomxjMQwfEqZLqImY7tL79UDanNWbPXvNH7pScxesi0wml5c>

hierzulande Schutz bieten und zusätzlich deren „mörderischen Aktivitäten durch Sozialleistungen finanzieren“. Er vertritt weiterhin die Meinung, dass verurteilte Terroristen in diesem Land keinen Platz mehr haben dürften, unabhängig davon, wie es in ihrer Heimat aussieht. Als Fazit fordert er ein Abschiebegesetz, da Personen, die deutlich gemacht haben, dass sie in Deutschland morden wollten, nicht bleiben dürfen.¹³

II. Die Situation in Nordrhein-Westfalen

Für Deutschland insgesamt schätzt das Bundesamt für Verfassungsschutz das islamistisch-terroristische Potenzial auf derzeit 2.060 Menschen.¹⁴ Das BfV geht bundesweit von 28.000 Islamisten aus.

Das Gefährdungspotential für NRW bildet sich auch im Verfassungsschutzbericht ab. So gab es 2019 insgesamt 4.000 Personen im Bereich „Auslandsbezogener Extremismus“ und 4.925 Personen im Bereich „Islamismus“ – zusammen folglich fast 9.000 Personen zzgl. Dunkelfeld.¹⁵

Im Jahre 2010 gab es in Nordrhein-Westfalen im Phänomenbereich „Religiöse Ideologie“ 24 Gefährder und 52 Relevante Personen.¹⁶ Mit Stand 31.08.2020 haben sich diese Zahlen dramatisch erhöht, auf 201 Gefährder und 174 Relevante Personen.¹⁷

Die Anzahl der Abschiebungen ist im Verhältnis dazu gering. So wurden im Jahre 2019 11 Gefährder und 6 Relevante Personen abgeschoben. Im Jahre 2020 waren es bis zum 31.08.2020 nur 5 Gefährder.¹⁸

III. Der Landtag stellt fest:

1. Der islamistische Terrorismus stellt eine große Gefahr für die Innere Sicherheit Deutschlands und Nordrhein-Westfalens dar.
2. Wir werden darauf mit allen Mitteln des freiheitlichen Rechtsstaates antworten. Dazu zählen insbesondere:
 - 2.1. Die Bemühungen um ein bundesweit wirksames und striktes Grenzregime,
 - 2.2. die konsequente Remigration von Gefährdern und verurteilten ausländischen Schwerekriminalen,
 - 2.3. eine künftige Zuwanderungspolitik, die sich ausnahmslos an unserer Verfassung, dem Gesetz und unseren Interessen orientiert.
3. Wir lassen es nicht zu, dass Islamisten unsere historisch gewachsene Lebensart in Frage stellen.

¹³ <https://www.bild.de/politik/kolumnen/kolumne/kommentar-zum-messer-anschlag-in-dresden-schluss-mit-schutz-von-terroristen-73540518.bild.html>

¹⁴ Vgl. <https://www.bz-berlin.de/deutschland/28-000-islamisten-in-deutschland-verfassungsschutz-warnt-vor-terrorpotenzial>

¹⁵ Vgl. Verfassungsschutzbericht NRW 2019; S.29

¹⁶ Vgl. Lt.-Drucksache 17/8401

¹⁷ Vgl. Lt.-Drucksache 17/11086; Frage 1

¹⁸ Vgl. Lt.-Drucksache 17/11086; Fragen 2 und 3

IV. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- grundsätzlich alle Gefährder und Relevante Personen, bei denen keine rechtlichen Abschiebehindernisse bestehen, sofort abzuschicken;
- sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen,
 - dass die rechtlichen Voraussetzungen zur Abschiebung grundsätzlich aller Gefährder und Relevanten Personen, die nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen, nun endlich geschaffen werden;
 - dass bei Vorhandensein der doppelten Staatsangehörigkeit die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zum Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit bei Gefährdern und Relevanten Personen geschaffen werden;
 - dass alle rechtlichen sowie praktisch-organisatorischen Voraussetzungen zur Abschiebung von schwer kriminellen Ausländern, inkl. Mitgliedern ausländischer Clans und anderer Formen der organisierten Kriminalität, insbesondere bei Gewalt-, Sexual- und Drogendelikten verbessert werden und in Abstimmung mit dem Bund und den anderen Ländern die entsprechenden Kriterien festgelegt werden;
- für diese Personenkreise die rechtliche Möglichkeit einer lebenslangen Wiedereinreisesperre nach Deutschland zu schaffen;
- im Rahmen der Bundesratsinitiative – wenn die rechtliche Notwendigkeit besteht – eine dafür erforderliche Änderung des Grundgesetzes initiativ einzufordern;
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bestehende Abschiebestopps mindestens alle 6 Monate überprüft werden und zugleich aktiv Ausnahmeregelungen insbesondere für Gefährder, Relevante Personen die organisierte Kriminalität und Schwerkriminelle herzustellen;
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Möglichkeit zur Abschiebung in unmittelbarer Folge einer Strafhaft deutlich verbessert wird;
- zu prüfen, inwiefern es erforderlich ist, europäisches Recht zu ändern und auf Bundesebene die Einleitung der dafür erforderlichen Initiativen einzufordern;
- sich auf Bundesebene für Sanktionen gegenüber Staaten einzusetzen, die sich weigern ihre Staatsangehörigen in Folge einer Abschiebung wieder aufzunehmen, sowie
- der nationalen Sicherheit, der Sicherheit der Bevölkerung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten und in Abstimmung mit den europäischen Partnern zukünftig absoluten Vorrang einzuräumen.

Gabriel Walger-Demolsky
Markus Wagner
Andreas Keith

und Fraktion